

# Die EEG-Reform und energiepolitische Herausforderungen in der neuen Legislaturperiode

Rede von BEE-Präsident Dr.-Ing. E.h. Fritz Brickwedde auf dem BEE-Neujahrsempfang

(Es gilt das gesprochene Wort)

Berlin, 11. Februar 2014



Anrede,

auch wenn das Jahr schon ein paar Tage alt ist, möchte ich die Gelegenheit nutzen, Ihnen Gesundheit, Glück und Erfolg für 2014 zu wünschen. Und ich begrüße Sie ganz herzlich zum Neujahrsempfang des BEE!

Der Zeitpunkt für dieses wichtigste Branchentreffen der Erneuerbaren im politischen Berlin könnte kaum besser gewählt sein. Der neue Minister für Wirtschaft und Energie, Sigmar Gabriel, hat mit seinem Konzept für die Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetzes einen Blitzstart hingelegt. Und ich freue mich, dass er später an diesem Abend noch zu uns sprechen wird und ich selbst die Chance haben werde, mit ihm zu diskutieren. Im Moment hat der SPD-Chef noch einen Termin bei seiner Partei in Brandenburg, er richtet Ihnen aber schon jetzt seine besten Grüße aus. Ich bin mir sicher, wir werden uns mit ihm nicht langweilen.

Meine Damen und Herren, die Erneuerbaren Energien stehen mittlerweile für ein Viertel der deutschen Stromerzeugung. Darauf können wir mit Recht stolz sein! Wir übernehmen immer mehr Verantwortung für das Gesamtsystem.

Doch anstatt diesen dynamischen Prozess zu fördern, führt die Große Koalition eine recht kurzsichtige Kostendebatte. Minister Gabriel betont, er wolle mit seiner EEG-Reform die Kostendynamik bei der Förderung der Erneuerbaren brechen. Gleichzeitig versichert er, offen für Verbesserungsvorschläge zu sein. Da können wir ihm helfen.

Zunächst einmal sollten wir uns Klarheit über die Zahlen verschaffen: Herr Gabriel hat das Ziel ausgegeben, die durchschnittliche Vergütung für Anlagen der Erneuerbaren Energien von 17 Cent je Kilowattstunde auf 12 Cent zu drücken. Schon heute aber liegen wir bei neuen Anlagen bei 12,7 Cent – der Weg ist also gar nicht so weit, wie manche denken.

Außerdem gab es vor wenigen Wochen erfreuliche Nachrichten vom EEG-Umlagekonto: Der Saldo hat sich so positiv entwickelt, dass die begründete Hoffnung besteht, dass die Umlage im Jahr 2015 konstant bleibt oder sogar erstmals sinken könnte.

Gerade wenn man auf ökonomische Effizienz Wert legt, ist es falsch, ausgerechnet die günstigsten Erneuerbaren Energien, nämlich Windkraft an Land und Photovoltaik, zu deckeln, zu bremsen oder in Korridore einzusperren. Das haben erfreulicherweise auch Ministerpräsidentinnen und –präsidenten etlicher Bundesländer, unabhängig von ihrer parteipolitischen Couleur, sofort moniert. Und mit diesen möchte Sigmar Gabriel sich ja einigen, wie er selbst sagt.

Meine Damen und Herren,

es ist nicht sinnvoll, den dynamischen Ausbau der Windkraft über starre Mengenziele zu steuern. Neue Windräder erhöhen die Strompreise nicht, sondern stabilisieren sie!

Ebenso falsch ist es, den Zubau allein auf die windstärksten Standorte zu konzentrieren. Mit modernen Schwachwindanlagen lässt sich auch an weniger begünstigten Stellen in der Mitte und im Süden unseres Landes sehr wohl Strom ökonomisch produzieren. Die Industrie hat ihre Hausaufgaben gemacht, da sollte die Politik nicht den technischen Fortschritt bestrafen.

Außerdem ist eine regionale Verteilung der Windkraft wichtig für das Gesamtsystem. Je gleichmäßiger die Erzeugung, desto geringer die Kosten für den Netzausbau. Deshalb sollte auch die bayrische Regierung noch einmal darüber nachdenken, ob sie den Bau von Windrädern durch rechtliche Hürden faktisch ausschließen will.

Vollkommen kontraproduktiv ist der Ansatz, das System des „atmenden Deckels“ von der Photovoltaik auf die Windenergie zu übertragen. Anders als bei PV haben Investitionen in Windparks Vorlaufzeiten von mehreren Jahren. Die Folge wären massive Verzerrungen: Die Anpassung der Vergütung käme immer mit einer großen Verzögerung und würde damit das Gegenteil dessen bewirken, was beabsichtigt war. Intelligent gesetzte Anreize sehen anders aus.

Auch bei der Photovoltaik sollte der technische Fortschritt honoriert und nicht sanktioniert werden. Strom aus großen PV-Anlagen kann heute schon für 9 bis 10 Cent je Kilowattstunde erzeugt werden – das wäre vor fünf Jahren noch unvorstellbar gewesen. Doch das Degressionsstempo bei der EEG-Vergütung ist zu hoch, sodass effiziente PV-Freiflächenanlagen kaum noch gebaut werden. Auch die Einschränkungen bei der Förderfähigkeit dieser Anlagen sollten gelockert und die willkürliche Größenbeschränkung auf 10 Megawatt peak Leistung sollte aufgehoben werden – genauso wie der Gesamtdeckel für Photovoltaik von 52 Gigawatt.

Eine besondere Gefahr nicht nur für die Solarbranche sind die von der Bundesregierung geplanten Regelungen zum Eigenverbrauch. Ich möchte explizit darauf hinweisen: Der Verbrauch von selbst erzeugtem Sonnenstrom trägt im Vergleich zu vergütetem PV-Strom dazu bei, das EEG-Konto netto zu entlasten. Eine Belastung des Eigenverbrauchs mit der EEG-Umlage wäre also schlecht für die Gesamtheit der Stromkunden und würde die Bemühungen der Branche konterkarieren, durch die Entwicklung neuer Geschäftsmodelle Schritt für Schritt unabhängiger von der EEG-Förderung zu werden.

Überall im Land entstehen gerade Modelle, bei denen auf die Dächer von Mehrfamilienhäusern PV-Module montiert werden. So profitieren auch Mieter von günstig erzeugtem Ökostrom, was ja von der Politik immer wieder gefordert wird. Deshalb sprechen wir als BEE uns für eine Bagatellgrenze von 1,25 Millionen Kilowattstunden des ersten selbst erzeugten Stroms aus. Das entspricht 250 Kilowatt Leistung (umgerechnet auf eine KWK-Anlage). Und dann muss man sich immer noch vor Augen halten, dass der Eigenverbrauch eines Kohlekraftwerks von 1000 Megawatt nach wie vor nicht belastet werden soll. Würde die Große Koalition das ändern, könnte sie auch die EEG-Umlage senken. Und das ist ja das Ziel von Minister Gabriel.

Meine Damen und Herren,

in diesen Tagen wird immer wieder gefordert, die Erneuerbaren Energien sollten sich dem Markt stellen. Ich sage Ihnen: Wir freuen uns auf den Markt. Aber der Wettbewerb muss fair sein. Nach Berechnungen des Bundesumweltministeriums liegen die wahren Kosten einer Tonne CO<sub>2</sub>-Emission bei 80 Euro. Die CO<sub>2</sub>-Zertifikate werden aber für rund 4 Euro pro Tonne gehandelt, und auch die zaghafte Reparaturen am EU-Emissionshandel werden daran kaum etwas ändern. Und trotzdem sind Windkraft an Land und PV schon heute kostengünstiger als neue fossile Kraftwerke – von Atomkraftwerken ganz zu schweigen, wie die sehr hohe Vergütung für die geplanten neuen Reaktoren in Großbritannien zeigt.

Doch jetzt sollen hierzulande Ausschreibungen als Ausweis besonderer Markt- und Wettbewerbsorientierung dienen. Alle Erfahrungen im Ausland sind aber negativ: Das aufwändige Verfahren treibt die Kosten, und oftmals versuchen Anbieter, sich durch vermeintlich niedrige Preise den Auftrag zu sichern, um dann später nur einen Teil der vereinbarten Anlagen zu bauen. Solche Experimente wie zum Beispiel in Großbritannien sollte sich die Bundesregierung 2017, im Jahr der nächsten Bundestagswahl, besser ersparen.

Die Energiewende in Deutschland zeichnet sich bislang dadurch aus, dass sich Millionen Bürgerinnen und Bürger an ihr beteiligt haben. Es gibt 1,4 Millionen EEG-geförderte Anlagen, zusätzlich 560 000 Heizungswärmepumpen sowie 320 000 Pelletkessel und -kaminöfen. Menschen in den zurzeit 888 Energiegenossenschaften, Landwirte, Betreiber von Bürgerwindparks, Energier Rebellen wie die in Schönau – sie alle bringen sich mit viel Engagement und ihrem privaten Kapital ein. Sie stehen für die Akteursvielfalt auf dem deutschen Markt für Ökostrom, die weltweit einmalig ist. Gerade diese Akteure würden aber durch Ausschreibungen ökonomisch ausgebootet. An einer Ausschreibung würde nicht der Landwirt aus Bayern oder Schleswig-Holstein teilnehmen, sondern der Energiekonzern aus Spanien oder der Fonds aus den USA. Ob eine solche Konzentration auf „die Großen“ für mehr Markt und Wettbewerb sorgt, wage ich zu bezweifeln.

In ihrer Existenz bedroht ist die Bioenergiebranche. Die in Minister Gabriels Eckpunktepapier vorgesehenen Änderungen bei den Einsatzstoffen würden die Erzeugung von Biogas mit Anbaubiomasse schlagartig unwirtschaftlich machen und hätten einen weitgehenden Ausbaustopp für die Anlagen zur Folge. Selbst der von der Bundesregierung mit 100 Megawatt sehr niedrig angesetzte Deckel für Biomasse würde dann nicht mehr erreicht.

Das wäre umso tragischer, als die Bioenergien das Multitalent der Erneuerbaren-Branche sind. Sie lassen sich naturverträglich herstellen, wie auch das gemeinsame Papier des BEE mit den Umweltverbänden unterstreicht. Bioenergien können die Schwankungen von Wind- und Sonnenenergie ausgleichen, die ja im Zentrum des zukünftigen Stromsystems stehen werden. Biogas kann einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die fossil-atomaren Must-Run-Kapazitäten zu reduzieren. Wie das Fraunhofer IWES Institut im Herbst anhand eines realen Kombikraftwerks eindrucksvoll gezeigt hat, können Wind, Sonne und Biogas gemeinsam in

Sekundenschnelle auf Laständerungen reagieren. In Bayern gibt es Pläne, bis zu 1200 Biogas-Anlagen zu einem virtuellen Großkraftwerk zusammen zu schalten.

Meine Damen und Herren,

ich meine, gerade ein ehemaliger Umweltminister, der heute als Wirtschafts- und Energieminister auch industriepolitische Ambitionen hat, sollte die weltweit erfolgreiche deutsche Erneuerbaren-Technik stärken. Unsere Branche steht für 380 000 Arbeitsplätze, regionale Wertschöpfung, aber auch Exportkraft und Innovationsstärke. Die Erneuerbaren Energien machen den Wirtschaftsstandort Deutschland noch zukunftsfester!

Und – wie eben gezeigt – tragen die Erneuerbaren dank des technischen Fortschritts heute und in den kommenden Jahren und Jahrzehnten zur Stabilisierung des Strompreises bei und nicht zu seiner Erhöhung. Mehrere renommierte Institute und Wissenschaftler haben errechnet, dass sich die deutsche Energiewende auch ökonomisch lohnt. Das würde schon heute sichtbar, wenn der CO<sub>2</sub>-Zertifikatspreis höher läge und der Merit-Order-Effekt den Erneuerbaren Energien gut geschrieben würde und die konventionellen Kraftwerke entsprechend belastet würden.

Ein weiterer Knackpunkt: Nach den Regierungsplänen wäre eine wirtschaftlich tragfähige Direktversorgung der Kunden mit hochwertigem Ökostrom aus heimischen Erneuerbare-Energien-Anlagen nicht mehr möglich. Ich meine: Dieser Strom darf nicht zusammen mit Kohle- und Atomstrom am Spotmarkt der Strombörse zu Niedrigstpreisen „verramscht“ werden. Konkrete Modelle um das zu ändern, liegen fertig ausgearbeitet auf dem Tisch. Die Bundesregierung muss nun den Willen zeigen, sie auch umzusetzen.

Die Vertreter der fossilen Energiewirtschaft dagegen fordern vehementer denn je die Einführung von Kapazitätsmärkten – und das trotz enormer Überkapazitäten auf Jahre hinaus. Gerade wenn es Minister Gabriel um Kostenbegrenzung geht, sollte er darauf nicht hören. Kapazitätsmärkte sind Geldverschwendung. Da sind wir einer Meinung mit Jochen Homann, dem Chef der Bundesnetzagentur, und Andreas Mundt, dem Präsidenten des Bundeskartellamtes. Das Instrument der strategischen Reserve, das der BEE unter anderem mit dem Bundesumweltministerium entwickelt hat, ist weitaus kostengünstiger, zielgenauer und marktwirtschaftlicher.

Minister Gabriel betont ja immer, wie wichtig ihm die Industriestrompreise und die Arbeitsplätze in den klassischen Industrien sind. Und auch wir vom BEE wehren uns dagegen, die Energiewende gegen Jobs auszuspielen. Für uns ist klar: Energieintensive Unternehmen, die wirklich im internationalen Wettbewerb stehen, müssen weiterhin bei der EEG-Umlage entlastet werden. Aber eben auch nur die. Wenn die Bundesregierung die Gruppe der aktuell 2100 privilegierten Unternehmen auf diejenigen begrenzen würde, die eine Entlastung tatsächlich benötigen, könnte die EEG-Umlage deutlich sinken. Befreiung und Rabatte sollten an Energieeffizienzstandards geknüpft werden. Wir sollten betriebswirtschaftliche Anreize schaffen, in Energieeffizienz zu investieren.

Die Industrieprivilegien waren auch entscheidend für die Einleitung des Beihilfeverfahrens durch die EU-Kommission. Hier ist unsere Position glasklar: Das EEG ist keine Beihilfe! Die EU-Kommission versucht, im Widerspruch zur eigenen Erneuerbare-Energien-Richtlinie, Einfluss auf die deutsche Förderpolitik zu nehmen. Das muss die Bundesregierung verhindern. Sie sollte sich keinesfalls darauf einlassen, dass das EEG doch eine Beihilfe sei und anschließend einen politischen Deal mit der Kommission abschließen. Solche Deals haben vor dem Europäischen Gerichtshof keinen Bestand. Wenn nur ein Unternehmen dagegen klagt, ist das ganze EEG in Gefahr und damit tatsächlich Tausende von Arbeitsplätzen.

Schlechte Nachrichten aus Brüssel bekommen wir auch beim Thema Klimaschutz und Erneuerbare Energien. Die EU-Ziele für 2030 sind viel zu wenig ambitioniert, wenn wir die globalen Anforderungen ernst nehmen. Zudem sind die Erneuerbaren-Ziele nicht auf die einzelnen Mitgliedsstaaten herunter gebrochen. Großbritannien und Polen – um nur zwei Beispiele zu nennen – müssen also gar nichts tun und können sich darauf zurückziehen, dass Länder wie Dänemark oder Deutschland mehr leisten.

Aber auch die Bundesregierung wird ihren eigenen Ansprüchen nicht gerecht. Der bekannte Wissenschaftler Dr. Joachim Nitsch hat in einer Studie für den BEE ausgerechnet, dass Deutschland mit den Beschlüssen der Großen Koalition sein gegenüber der EU verpflichtendes Ausbauziel für Erneuerbare Energien bis 2020 nicht erreichen wird. Auch das nationale Klimaziel von 40 Prozent Treibhausgas-Einsparung bis 2020 wird deutlich verfehlt. Je nachdem, wie schnell die Kohlekraftwerke abgeschaltet werden, könnten nur 29 bis 32 Prozent der Emissionen bis 2020 eingespart werden. Ganz schlecht sieht es bei den langfristigen Klimaschutzzielen für 2030 und 2050 aus. Die Defizite, die sich bis 2025 abzeichnen, lassen sich in den Jahren zwischen 2025 und 2050 kaum wieder aufholen.

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hat erkannt, dass Deutschland seine Ziele verfehlen wird, wenn es seine Politik nicht ändert. Deshalb will sie ein „Sofortprogramm Klimaschutz“ auflegen. Wir begrüßen das sehr!

Meine Damen und Herren,

wir als Erneuerbaren-Branche kämpfen dagegen, dass die Energiewende ausgebremst wird. Es kann nicht sein, dass nur drei Jahre nach Fukushima jedem Bekenntnis zur Energiewende ein viel größeres „Aber“ folgt.

Bei den Debatten um die EEG-Reform und den Strommarkt wird leicht übersehen: Die Energiewende ist mehr als nur Strom. Doch auf den Gebieten Energieeffizienz, Erneuerbare Wärme und Mobilität passiert viel zu wenig. Dabei machen Heizung und Sprit einen viel größeren Anteil am Budget der meisten Haushalte aus als Strom. Ein Austausch der Millionen veralteten Heizungen gegen moderne, nach Möglichkeit erneuerbare Wärmequellen wäre ein enormes Konjunkturprogramm und würde Deutschland beim Klima- und Gesundheitsschutz einen großen Schritt weiterbringen. Und nachhaltig produzierte Biokraftstoffe sowie Elektroau-

tos, die mit grünem Strom betankt werden, können einen entscheidenden Beitrag zu einem umwelt- und menschenfreundlicheren Verkehr leisten.

Erlauben Sie mir zum Schluss noch einen grundsätzlichen Gedanken.

Wenn man in den Nachrichten hört, dass große Länder wie Australien, Japan oder Kanada sich von ihren Klimaschutzziele verabschieden, dass die USA, Russland, China und Indien sich mit verbindlichen Verabredungen, zurückhaltend ausgedrückt, schwer tun, dann könnte man fragen: Warum begeben wir uns in Deutschland auf den anspruchsvollen Weg der Energiewende?

Weil wir der Welt ein Beispiel geben wollen, weil wir sicher sind, dass viele Länder uns in einigen Jahren schon aus Eigennutz folgen werden. Sie werden erkennen, dass eine emissionsfreie Energieerzeugung ökonomisch und ökologisch überlegen ist. Sie werden hoffentlich im Interesse der nachfolgenden Generationen handeln.

Wer könnte da ein besserer Kronzeuge sein als Kofi Annan, der frühere Generalsekretär der Vereinten Nationen. Auf die deutsche Energiewende angesprochen, sagte er in einem Interview: „Ein grüner Umbau der Wirtschaft, wenn man ihn ernst nimmt und wenn er gelingt, wird einen ebenso großen Effekt haben wie die industrielle Revolution. Auch Ökonomen sagen uns das. Und wir haben keine andere Wahl. Letztendlich geht es ums Überleben.“

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und unseren Sponsoren, allen voran Naturstrom, Clean Energy Sourcing und Deutsche Messe, für die Unterstützung des Neujahrsempfangs.

Ich wünsche uns allen einen interessanten und schönen Abend!